Bericht und Antrag des Regierungsrates
vom 30. November 1999 an den Landrat
zur Änderung der Verordnung über das Strafregister, die Leumundsberichte
und die Leumundszeugnisse (Strafregister) sowie der Strafprozessordnung

I. Ausgangslage

Gemäss Verordnung über das Strafregister, die Leumundsberichte und die Leumundszeugnisse (VSL; RB 3.9323) ist das Polizeikommando die kantonale Strafregisterbehörde. In dieser Eigenschaft führt es - parallel zum Zentralstrafregister des Bundes - das kantonale Strafregister. Es entscheidet über die Löschung von Urteilen ausländischer Gerichte, die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Uri betreffen, und verfügt als zuständige Behörde die Löschung des Urteils im Strafregister, sofern das eidgenössische oder kantonale Recht hierfür keine andere Instanz bezeichnet.

Am 18. Juni 1999 beschloss die Bundesversammlung die Änderung von Artikel 359 Strafgesetzbuch (StGB; SR 311.00) und bestimmte, dass der Bund zusammen mit den Kantonen ein automatisiertes Strafregister über Verurteilungen und hängige Verfahren zu führen hat, welches besonders schützenswerte Personendaten enthält. Da für die Kantone ein Online-Anschluss an das neue elektronische Register des Bundes (VOSTRA) vorgesehen ist, werden die kantonalen Strafregister überflüssig. Anstelle der heute zuständigen Amtsstellen hat neu jeder Kanton eine Koordinationsstelle zu bestimmen (Art. 360 bis Absatz 5 StGB).

Neben der zu bestimmenden Koordinationsstelle haben auch die Untersuchungsrichterämter (Verhörämter), die Staatsanwaltschaften, die Strafgerichte und die Strafvollzugsbehörden direkten Zugriff zum Abrufen des beim Bund geführten Strafregisters. Die Koordinationsstelle als zur Bearbeitung der Daten befugte Stelle trägt zudem die Mitteilungen derjenigen Behörden ihres Kantons ein, die nicht online angeschlossen sind, und erteilt diesen Behörden auch Auskünfte.

II. Koordinationsstelle

Festzulegen ist, wo die neu zu schaffende Koordinationsstelle verwaltungsintern angegliedert wird. In Frage kommen u. a. das Polizeikommando, das Verhöramt, die Staatsanwaltschaft oder das Amt für Justiz. Bisher wurden für die Strafregisterführung beim Polizeikommando rund 15 bis 20 Stellenprozente veranschlagt. Da vorgesehen ist, dass die Staatsanwaltschaft

ihre Strafbefehle (ca. 90 Prozent der Eintragungen) direkt im System VOSTRA erfasst und zudem Doppelintragungen wegfallen, dürfte der sich für die neue Koordinationsstelle ergebende Mehraufwand ohne Stellenaufstockung zu bewältigen sein. Gemäss der abschliessenden Aufzählung in Artikel 360bis StGB wird der Kantonspolizei für ihre angestammte polizeiliche Tätigkeit (z. B. in einer Fahndungsaktion) kein direkter Zugriff auf das elektronische Strafregister gewährt. Es erscheint unter diesen Umständen als sachgerecht, die Koordinationsstelle nicht bei der Kantonspolizei anzusiedeln. Im Vordergrund steht eine Ansiedlung dieser Stelle beim Amt für Justiz, Abteilung Strafvollzug und Schutzaufsicht. Bei dieser Amtsstelle laufen bereits jetzt die kantonalen und ausserkantonalen Vollzugsentscheide zusammen, und somit ist Gewähr geboten, dass allenfalls vollzugsrelevante Entscheide tatsächlich an die richtige Stelle gelangen.

III. Personelle und finanzielle Auswirkungen

Mit der Ansiedlung der Koordinationsstelle bei der Abteilung Strafvollzug und Schutzaufsicht und dem Direkterfassen von Daten durch die Staatsanwaltschaft ist vorerst weder beim Amt für Justiz noch bei der Staatsanwaltschaft eine Personalaufstockung verbunden. Die Praxis wird zeigen, wie das Amt für Justiz und die Staatsanwaltschaft den zusätzlichen Arbeitsanfall bewältigen können.

Der Datenaustausch zwischen dem Bund und dem Kanton erfolgt über eine bereits bestehende Leitung. Die Verbindungen innerhalb des Kantons sind bereits vorhanden, und die Rechner beim Amt für Justiz sowie der Staatsanwaltschaft entsprechen den technischen Anforderungen schon jetzt, weshalb für den Kanton keine Kosten erwachsen.

IV. Antrag

Gestützt auf diese Überlegungen beantragt der Regierungsrat dem Landrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Änderung der Verordnung über das Strafregister, die Leumundsberichte und die Leumundszeugnisse sowie die Änderung der Strafprozessordnung, wie sie im Anhang I und II enthalten sind, werden verabschiedet.

Anhang

- Änderung der Verordnung über das Strafregister, die Leumundsberichte und die Leumundszeugnisse (Anhang I)
- Änderung der Strafprozessordnung (Anhang II)

VERORDNUNG**über das Strafregister, die Leumundsberichte und die Leumundszeugnisse**
(Änderung vom ...)

Der Landrat des Kantons Uri beschliesst:

I.

Die Verordnung vom 28. September 1994 über das Strafregister, die Leumundsberichte und die Leumundszeugnisse¹⁾ wird wie folgt geändert:

Artikel 3 **Zuständigkeit**

¹⁾Das zuständige Amt²⁾ ist die kantonale Koordinationsstelle.

²⁾Es bearbeitet Personendaten im automatisierten Strafregister.

Artikel 4 **Strafregisterauszüge**

Das Recht zur Einsichtnahme in die Personendaten des automatisierten Strafregisters richtet sich nach den massgeblichen Bestimmungen des Bundes.

Artikel 5 **Gebühren**
aufgehoben

1) RB 3.9323

2) Amt für Justiz, vgl. Art. 1 und 6 Organisationsreglement (RB 2.3322)

II.

Diese Änderung unterliegt dem fakultativen Referendum. Sie tritt am 1. Juli 2000 in Kraft.

Im Namen des Landrates

Der Präsident: Josef Gisler-Gamma

Der Kanzleidirektor: Dr. Peter Huber

STRAFPROZESSORDNUNG

(Änderung vom ...)

Der Landrat des Kantons Uri beschliesst:

I.

Die Strafprozessordnung¹⁾ vom 20. April 1980 wird wie folgt geändert:

Artikel 252 Strafregister
aufgehoben

II.

Diese Änderung unterliegt dem fakultativen Referendum. Sie tritt am 1. Juli 2000 in Kraft.

Im Namen des Landrates

Der Präsident: Josef Gisler-Gamma

Der Kanzleidirektor: Dr. Peter Huber

1) RB 3.9222